

Rund um den Schwammerlturm

Gemeindemitteilungsblatt für die Region Leoben
Nr. 4, Mai/Juni 2022

RM 04A035819

REGIONALMEDIUM

ergeht an jede
Postabgabestelle in
Leoben, Proleb,
St. Michael,
Niklasdorf,
St. Peter Freienstein
und St. Stefan o.L.



Aus dem Landtag Steiermark – Sitzung Mai 2022

Extreme Teuerung KPÖ fordert Landesregierung zum Handeln auf

Egal ob Energie, Lebensmittel, Tanken oder die Mieten: Die Preissteigerung erreicht Rekordhöhen. Darunter leiden nicht mehr nur die Ärmsten der Armen, die gewaltige Preislawine hat bereits durchschnittliche Einkommensbezieher erfasst. Grund genug für die KPÖ dieses wichtige Thema in den Landtag zu tragen.

Werner Murgg und Claudia Klimt-Weithaler haben Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer (ÖVP) und Soziallandesrätin Doris Kampus (SPÖ) in Anfragen mit den Sorgen vieler Steirerinnen und Steirer konfrontiert.

Werner Murgg rechnete

dem Landeshauptmann die Strompreiserhöhungen bei der Energie Steiermark vor. Murgg: „Allein beim Strom wurde der Preis zweimal erhöht. Je nach Vertrag um 72 bis 104 Prozent.“ Der KPÖ-Abgeordnete kritisierte die seit der Liberalisierung der Energiemärkte im Jahr



Die KPÖ-Abgeordneten Klimt-Weithaler und Werner Murgg fordern Maßnahmen gegen die Teuerung.

1999 in der EU eingeführte Bestimmung, daß das letzte Kraftwerk, das zur Bedienung des Strombedarfs benötigt und zugeschaltet wird, den Preis bestimmt. Das sind derzeit Gaskraftwerke, welche den Strom extrem teuer erzeugen. In Österreich wird ein Großteil aus Wasserkraft gewonnen, was deutlich billiger ist. Dadurch streifen die Konzerne Extraprofiten auf Kosten der Stromkundinnen und -kunden ein. Die Internationale Energieagentur schätzt diese Extraprofiten EU-weit auf 200 Milliarden Euro.

Fortsetzung umseitig

Wir kaufen Ihr Gold!

- sofort gegen Bargeld
- unbürokratisch
- zum Tageshöchstpreis

Schmuck, Münzen, Barren, Uhren
Zahngold, beschädigte Gegenstände, ...

... weil gute Geschäfte Vertrauenssache sind:

Antiquitäten Jahrbacher
gratis Auskunft 0664/33 82 716
Direkt in Leoben beim Schwammerlturm
www.jahrbacher.at www.jahrbacher.com



Auch
Verpfändung
möglich!



Lesen Sie auch Seite 14

Fortsetzung von Seite 1

Das fällt in der Zwischenzeit auch schon Bundeskanzler Karl Nehammer (ÖVP) auf. Werner Murgg: „Sagt Nehammer einmal etwas Richtiges, wird er sofort geprügel. Dabei ist es höchste Zeit, daß diese Gewinne zugunsten der Endverbraucher endlich abgeschöpft werden.“

Landeshauptmann Schützenhöfer gab zu, daß auf Grund der extremen Teuerung neue Überlegungen notwendig wären. Er nahm die Energie Steiermark in Schutz: „Die Energie Steiermark ist von den Großhandelspreisen abhängig. Sie kauft 85 Prozent des Stroms zu und erzeugt nur mehr 15 Prozent selbst. Was den Verbund betrifft, habe ich bereits im März die Ausschüttung einer Sonderdividende verlangt.“

Die KPÖ stellte den Antrag einen Landes-Teuerungsgipfel einzuberufen, um effektive Maßnahmen

gegen die explodierenden Energiepreise zu beraten. Außerdem soll die Energie Steiermark bei Fernwärme, Strom und Gas ein neues Preismodell anbieten, bei dem bis zu einem gewissen Grundverbrauch ein niedriger Festpreis zählt und erst darüber Marktpreise gelten. Das lehnten SPÖ, ÖVP, FPÖ und Neos ab.

KPÖ fordert amtliche Preisregelung bei gewissen Gütern

Claudia Klimt-Weithaler (KPÖ) kritisierte in einer Anfrage an Soziallandesrätin Doris Kampus (SPÖ) die fehlende Anpassung der Sozialleistungen des Landes an die hohe Inflation. So seien Wohnbeihilfe bzw. Wohnunterstützung seit 2011 nicht mehr angehoben worden. Klimt-Weithaler: „Wir brauchen endlich ordentliche Lohnerhöhungen. Ich kann

das Wort von der Lohn-Preis-Spirale nicht mehr hören. Nicht die Löhne heizen die Preise an, es sind vielmehr die explodierenden Preise, welche höhere Löhne notwendig machen.“ Eine amtliche Preisregelung wäre gesetzlich möglich. Das habe es auch bei den FFP-2-Masken gegeben.

Doris Kampus erinnerte an die jüngste Erhöhung des Heizkostenzuschusses von 120 auf 170 Euro. Kampus: „Keine Regierung ist in der Lage, diese Preissteigerungen vollständig auszugleichen. Wir werden aber auf die Situation reagieren.“

Zwei Anträge der KPÖ wurden abgelehnt. Gegen die Anhebung der Wohnunterstützung stimmten Neos, ÖVP und SPÖ. Von einer Inflationsanpassung der Sozialleistungen wollen ÖVP, SPÖ und FPÖ nichts wissen.

Verbesserungen im Pflegesektor

Neben dem Paket der Bundesregierung zur Verbesserung der Pflegemisere wird auch das Land Steiermark Maßnahmen ergreifen. In einem Antrag aller Fraktionen wurde unter anderem festgelegt, das in Graz von der KPÖ eingeführte Modell bei der mobilen Pflege zu übernehmen. Dieses sieht vor, daß Mindestpensionisten, wenn sie die mobile Pflege in Anspruch nehmen, die Kosten nur aus ihrem Pflegegeld bezahlen müssen und ihre Pension unangetastet bleibt. Bisher konnten viele Mindestpen-

sionistinnen und -pensionisten die mobilen Dienste nicht in Anspruch nehmen, weil das Pflegegeld zur Bestreitung der Kosten nicht reichte.

Claudia Klimt-Weithaler begrüßte die Maßnahmen der Bundesregierung, machte jedoch auf noch fehlende Verbesserungen aufmerksam: „Die Maßnahmen wurden vorläufig nur bis zum Ende der Legislaturperiode beschlossen. Was ist danach? Außerdem brauchen die Pflegebeschäftigten endlich eine ordentliche Gehaltserhöhung und nicht nur Bonuszahlungen!“

Ein KPÖ-Antrag zur Attraktivierung des Pflegeberufes, darin wird eine bessere Bezahlung vor allem über höhere Löhne und Gehälter gefordert, fand keine Mehrheit. ÖVP, SPÖ, Grüne und Neos sagten Nein. Nur die FPÖ unterstütze den Antrag.

Eine besondere Blamage leistete sich die SPÖ. Sie hatte im Nationalrat gefordert, die Pflegeberufe endlich als Schwerstarbeit anzuerkennen, um den Beschäftigten damit zu ermöglichen früher in die Schwerarbeiterpension gehen zu können. Die KPÖ stellte diesen Antrag auch im Landtag zur Abstimmung. Hier stimmten ÖVP, Neos, Grüne und auch die SPÖ dagegen.

Werner Murgg: „Das kennen wir. Die SPÖ ist immer für gute Dinge zu haben, dort wo sie in Opposition ist. Wenn sie regiert, will sie davon nichts mehr wissen.“

Hierzenberger

Steinmetzmeister

**Grabanlagen
Urnengräber
Urnennischen
Inscriptions
Renovierungen
Abtragungen
Grabschmuck
Lampenöl
Kies**

8700 Leoben
Kerpelystraße 35
neben Friedhof Donawitz

Telefon 03842 / 24590
Fax 03842 / 24590-20
steinhierzenberger@aon.at



Öffnungszeiten: Mo-Fr von 8.00 - 18.00
sowie nach Vereinbarung

Beachten Sie auch Seite 14

KOSTENLOSE MIETERBERATUNG

Die KPÖ Leoben bietet
Ihnen eine kostenlose Mieterberatung.
Ort: Pestalozzistraße 93, 8700 Leoben

Interessenten werden gebeten, sich
unbedingt telefonisch anzumelden:

038 42/ 22 6 70

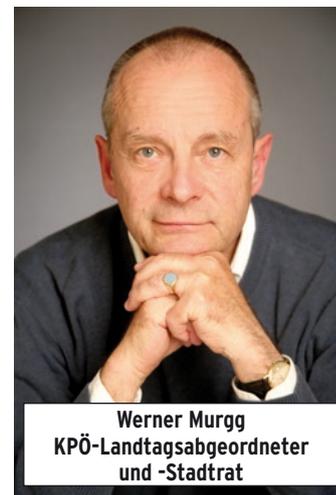
K O M M E N T A R

7,1 Prozent betrug die offizielle Inflationsrate im April. Nimmt man die Güter des täglichen Bedarfs als Maßstab, war sie sicher schon zweistellig. Heizöl verteuerte sich über 50 Prozent, die Strompreise bei der Energie Steiermark je nach Vertrag stiegen um 72 bis 104 Prozent. Auch bei den Lebensmitteln ist die Inflation zweistellig, ebenso beim Wohnen. Erst jüngst wurden die Richtwertmieten wieder um sechs Prozent angehoben. Nimmt man die gestiegenen Betriebskosten dazu, sind Mieterinnen und Mieter mit zweistelligen Steigerungsraten konfrontiert. Ein Ende der Teuerungswelle ist nicht abzusehen. Die steigenden Preise machen längst nicht mehr nur den

Stopp der Teuerung!

Ärmsten der Armen zu schaffen sondern schneiden zwischenzeitlich auch große Löcher in die Geldbörsen der Durchschnittshaushalte. Bonuszahlungen oder Gutscheine für Kleinstverdiener, so notwendig diese sind, reichen längst nicht mehr aus. Es bedarf regulierender Eingriffe ins Preisgeschehen, wollen wir verhindern, daß immer größere Bevölkerungsgruppen in ernste finanzielle Schwierigkeiten geraten. Die KPÖ hat deshalb dieses Thema im Landtag zur Sprache gebracht. Ich habe Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer aufgefordert, das Thema Teuerung endlich zur Chefsache zu machen. Was müßte getan werden? Die Stromkonzerne haben, wie die Internationale Energieagentur festgestellt hat, EU-weit

rund 200 Milliarden Euro versteckte Gewinne eingefahren. Weil sich die Strompreise an den Gaskraftwerken orientieren, Strom bei uns aber zum Großteil aus billiger Wasserkraft erzeugt wird. Deshalb wäre es höchst an der Zeit diese Extraprofite über eine Sonderdividende abzuschöpfen und zur Stützung der Strompreise zu verwenden. Bei Strom, Gas oder Fernwärme brauchen wir für Haushalte neue Preismodelle: Bis zu einem Grundverbrauch sollten die Preise eingefroren werden und erst darüber stufenweise ansteigen. Das würde auch zum Energiesparen beitragen. Vor allem müßte mit der automatischen jährlichen Indexanpassung abgefahren werden. Bei Inflationsraten wie in der Vergangenheit von um



Werner Murgg
KPÖ-Landtagsabgeordneter
und -Stadtrat

die zwei Prozent, haben sich diese jährlichen Steigerungen noch recht moderat ausgewirkt. Was kommt auf die Haushalte zu, wenn jetzt Jahr für Jahr die Müllabfuhr, das Wasser, die Kanalgebühr oder die Mieten um sieben bis zehn Prozent teurer werden. Deshalb war die KPÖ gut beraten, im Gemeinderat gegen die Einführung dieser Indexanpassung bei Müll und Kanal zu stimmen.



BELLAGGIO
GELATERIA



Im Leoben City Shopping
Montag bis Freitag 7:30 bis 19:00
Samstag 7:30 bis 18:00



Aus dem Leobener Stadtrat - Sitzung Mai 2022

Kindergarten Donawitz wird wiedererrichtet, Aufträge für neues Bildungszentrum

Die Arbeiten für die Wiedererrichtung des teilweise abgebrannten Kindergarten Donawitz sollen zügig starten. Der Stadtrat hat dazu die Architekturplanung vergeben. Kostenpunkt: 37.400 Euro. Das wurde einstimmig beschlossen. Die Volksschule Göß wird trotz großer Proteste aufgelassen. Dafür wird die Schule in Leitendorf zum Bildungszentrum Fröbelgasse ausgebaut.

Der Stadtrat hat dafür erste Mittel freigegeben. Es gibt einen Beteiligungsprozess und einen Architekturwettbewerb. Auch ein Verkehrskonzept soll ausgearbeitet werden. KPÖ-Stadtrat

Werner Murgg stimmte gegen diese Ausgaben. Murgg: „Die KPÖ hatte bekanntlich im Gemeinderat gegen die Auflassung der Volksschule Göß gestimmt. Wir lehnen die Zusammenlegung der Schulen

Göß und Leitendorf ab. Man kann nicht gestern dagegen gewesen sein und heute zustimmen!“ Die Ausgaben wurden mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP beschlossen.

259.000 Euro werden im Asia Spa bei Turborutsche, Sauna, Spielplatz und Becken investiert. Zahlreiche Subventionen wurden vergeben. So bekommt unter anderem der Kneippbund für eine Jubiläumsveranstaltung 3.500 Euro, die International Police Association für die Miete im Werkshotel 3.000 Euro und die Sportunion Leoben eine Jahressubvention von 6.000 Euro.

Um 22.270 Euro werden neue Spielgeräte für die Volksschulen und Kindergärten angeschafft, um

29.000 Euro wird ein Elektro-PKW für den stadteigenen Fahrzeugpool gekauft. Diese Beschlüsse wurden einstimmig gefaßt.

KPÖ lehnt Wohnungsvergabe direkt an AT&S ab

Im Zuge der Vergabe der Gemeindewohnungen wurden neuerlich mehrere Wohnungen direkt an die Firma AT&S vergeben. Diese gibt sie an Beschäftigte weiter. Dagegen stimmte die KPÖ. Nach Meinung der KPÖ sollte die Gemeinde die Vergabe ihrer Wohnungen nicht aus der Hand geben. AT&S-Beschäftigte könnten sich direkt bei der Gemeinde um eine Wohnung bewerben, wie andere potentielle Mieterinnen und Mieter auch.

MEINUNG

Bauernmarkt: Zurück zum alten Zustand?

Wir erinnern uns. Vor nicht einmal einem Jahr wurde der traditionelle Leobener Bauernmarkt umgestaltet. Mehr Fläche, mehr Anbieter, mehr Drumherum. Die Bevölkerung hat diesem Umbau von Beginn an mehrheitlich die rote Karte gezeigt. Die Rathausopposition war ebenso von Anfang an skeptisch. Trotzdem hat Bürgermeister Kurt Wallner diese Bedenken vom Tisch gewischt und immer den Sprecher der Standler als Kronzeugen für den Umbau präsentiert. Interessant, daß Marktsprecher Peter Rieser via Medien nun selbst den Markt in den ursprüngliche Zustand versetzen will. Die Einschätzung der Opposition kann offenbar doch nicht ganz falsch gewesen sein! Die Rathausmehrheit und Bürgermeister Wallner schweigen noch. Alles andere als ein Zurück zum Ursprung wäre ein weiteres Negieren der Meinung der Leobenerinnen und Leobener. Nebenbei: Viel Geld wurde wieder einmal unnötig verbraten! W.M.

Seriös - Einfühlsam - Würdevoll
Im Trauerfall sind wir 24 h täglich für Sie erreichbar.

 **BESTATTUNG
WOLF**
LEOBEN



Verabschiedungsraum Proleb

FILIALE LEOBEN

Sabine Obermayer

Langgasse 14
8700 Leoben

Tel.: 03842/82 444

FILIALE PROLEB

Roswitha Kaser

Gemeindestraße 2/1
8712 Proleb

Tel.: 0664/257 41 43

www.bestattung-wolf.com

KOMMENTAR

Lothar Knaak
KPÖ-Gemeinderat

Vergabe unserer Gemeindewohnungen in eigener Hand behalten!

Leoben besitzt über 2.000 Gemeindewohnungen. Das ist ein großer Schatz unserer Stadt. Die Quadratmeterpreise bei den Mieten liegen trotz Erhöhungen während der letzten Jahre immer noch deutlich unter den Richtwerten und wirken am Leobener Wohnungsmarkt preisdämpfend. Die Wohnungen werden im Stadtrat, nach einer Vorberatung im Wohnungsvergabeausschuß, dem alle im Stadtrat vertretenen Parteien angehören, nach genauen Richtlinien vergeben. Deshalb ist es wichtig, die Wohnungsvergabe in der Hand der Gemeindegremien zu belassen. In letzter Zeit wird davon leider vermehrt Abstand genommen. Immer mehr Wohnungen werden an die Firma AT&S vergeben, die sie für im Zuge der Firmenerweiterung nach Leoben kommende neue Beschäftigte verwendet. Prinzipiell spricht natürlich nichts dagegen, diese Personengruppe mit Gemeindewohnungen zu versorgen. Allerdings frage ich mich folgendes: Warum können diese neuen Beschäftigten nicht direkt bei der Gemeinde, wie alle anderen Wohnungswerber auch, um eine Gemeindewohnung ansuchen. In dringenden Fällen kann der Wohnungsvergabeausschuß ohnehin eine beschleunigte Vergabe vornehmen. Stellen wir uns einmal vor, die Firmen Knapp, Voestalpine oder Mayr-Melnhof, um nur einige zu nennen, wollen für neue Arbeitskräfte auch direkt(!) Gemeindewohnungen anmieten. Ich frage mich: Sollen bald dutzende Gemeindewohnungen von Firmen und nicht mehr von den zuständigen Gremien vergeben werden? Wer eine Wohnung braucht, soll sich bei der Gemeinde melden. Das ist der korrekte Weg.

Impressum: Medieninhaber, Verleger, Herausgeber: Verein zur Unterstützung der Öffentlichkeitsarbeit fortschrittlicher Kommunalpolitiker, 8700 Leoben, Pestalozzistraße 93, Tel. 03842 / 22 6 70, Fax 038 42 / 27 4 17.

Verantwortlicher Chefredakteur: LAbg. Dr. Werner Murgg. Entgeltliche Einschaltungen sind als Anzeige kenntlich. Druck: Klampfer, Weiz. Offenlegung: die Blattlinie entspricht den Zielen des Vereins fortschrittlicher Kommunalpolitiker.



Jetzt bei Ihrem Wo&Wo Fachhändler in Aktion



FAST

SONNENSCHUTZ

Ernst Lenz

Foirach 97, 8712 Niklasdorf

Tel. 03842/ 81 240, Mobil 0664/ 100 9500

Technik für Sonnen- und Wetterschutz

Wir setzen die Sonne für Sie ins rechte Licht!

- Jalousien für den Innen- und Außenbereich
- Rollläden
- Markisen
- Stoffrollos und Faltstore
- Vertikaljalousien
- Folierungen
- Wintergartenbeschattungen
- Insektenschutz in hoher Qualität und vielfältiger Ausführung.

Jedem das Beste!

**Spezialist für Beratungen
und fachmännische Montage**

Foirach 97 • 8712 Niklasdorf

Tel. 03842/ 81 240

Mobil 0664/ 100 9500

Frühling, Zeit der Betriebskostenabrechnung

Bis Ende Juni müssen die Vermieter die Betriebskostenabrechnung des Vorjahres vorlegen. Nicht nur die steigenden Mieten machen vielen Menschen zu schaffen, auch die jährlichen Betriebskostenabrechnungen bringen oft unliebsame hohe Nachzahlungen. Daher lohnt es sich, diese Abrechnungen genau zu kontrollieren.

Grundsätzlich gehören folgende Positionen in eine Betriebskostenabrechnung:

Wasserversorgung, Rauchfangkehrung, Kanalaräumung, Müllabfuhr, Schädlingsbekämpfung, Stiegenhausbeleuchtung, Hausversicherung (Feuer, Haftpflicht und Leitungswasserschäden), Hausbesorgerkosten, Hausreinigung und Schneeräumung, Verwaltungskosten und öffentliche Abgaben (Grundsteuer). Dazu kommen als „besondere Aufwendungen“ Kosten des Betriebes von Gemeinschaftsanlagen (insbesondere Lifte, gemeinsame Wärmeversorgungsanlagen und zentrale Waschküchen).

Absolut nicht in eine Betriebskostenabrechnung gehören:

Reparaturkosten, Kosten für Neuanschaffungen wie Fenster, Rollos, Türen, Rasenmäher etc., Kosten für Sanierungen, Entsorgung von Dingen, deren Eigentümer bekannt(!) sind und Rechtsanwaltskosten.

Die volle Nachzahlung muß man im Regelfall übrigens auch dann leisten, wenn man die Wohnung erst während der Abrechnungsperiode bezogen bzw. wenn man zum Zeitpunkt der Abrechnungslegung in der Wohnung wohnt. Das gilt überall dort, wo der Vollanwendungsbereich des Mietrechtsgesetzes gilt.

Nicht nur die Betriebskostenabrechnung verdient genau Kontrolle, auch die neue Vorschreibung sollte genau studiert werden.

UMFRAGE

Mieterhöhung aussetzen

Mit 1. April 2022 stiegen die Richtwert- und Kategoriemieten um ca. sechs Prozent auf Grund einer Verordnung des Justizministeriums. Einige Gemeinden haben die Erhöhung nicht umgesetzt. Ein Antrag der KPÖ im Leobener Gemeinderat, diese Erhöhung auch bei den Leobener Gemeindefamilien auszusetzen wurde von SPÖ, ÖVP und Liste Reiter abgelehnt. Wir haben unsere Leserinnen und Leser um Ihre Meinung gebeten. Einige Lesermeinungen möchten wir zitieren.

„Es wird ohnehin schon alles teurer. Deshalb sollten die Mieten nicht erhöht werden.“

N.N., 8700 Leoben

„Auf keinen Fall nicht auch noch die Mieten teurer machen.“

I.M., 8700 Leoben

„Bitte die Erhöhung aussetzen.“

M.P., 8700 Leoben

„Es wird für mich immer schwerer. Ein Großteil meiner kleinen Pension geht für monatliche Zahlungen weg.“

B.R., 8700 Leoben

Kommentar St. Stefan

Was will die SPÖ verheimlichen?

In bereits zwei Sitzungen des Prüfungsausschusses habe ich als Vorsitzender versucht den Umbau des Gemeindeamtes einer Kontrolle zu unterziehen. Im Rahmen dieses Umbaus wurde auch das Büro unseres Bürgermeisters, wie man hört, großzügig erneuert. Auch diese Kosten will ich im Rahmen dieser Prüfung unter die Lupe nehmen. Nun hat bereits zum zweiten Mal unser Amtsleiter rechtliche Bedenken gegen diese Prüfung vorgebracht und argumentiert nach Rücksprache mit der Aufsichtsbehörde des Landes wäre diese Prüfung, da es sich um ein Verfahren aus der vergangenen Periode handelt, nicht möglich. Selbstverständlich habe auch ich mich erkundigt und von den verantwortlichen Stellen des Landes Auskunft verlangt. Demnach ist die Rechtsmeinung der Aufsichtsbehörde folgende: Wenn ein Projekt noch nicht geprüft wurde - das ist beim Umbau des Gemeindeamtes der Fall - und es noch finanzielle Auswirkungen bis zum jetzigen Zeitpunkt gibt, kann sehr wohl geprüft werden. Denn die



für den Umbau aufgenommen Kredite müssen immer noch bedient werden. Somit ist der Fall klar. Ich fordere den Bürgermeister auf, er ist schließlich Vorgesetzter aller Gemeindebediensteten, dafür zu sorgen, daß diese Prüfung endlich zugelassen wird oder andernfalls schleunigst eine dahingehende Rechtsauskunft der Aufsichtsbehörde vorzulegen. Alles andere schaut nach Verschleierungstaktik aus. Im Gemeinderat wurde unlängst gegen meine Stimme beschlossen, unsere Wohnungen wegen einer Indexanpassung teurer zu machen. Da würde mich und wahrscheinlich auch vielen Bürgerinnen und Bürgern interessieren, was die Neugestaltung des Bürgermeisterbüros gekostet hat.

Uwe Süß
KPÖ-Gemeinderat in St.
Stefan ob Leoben
0664/3533501 oder
E-Mail: uwe2@gmx.at

Was uns ein- und auffällt...

...daß eine Äußerung des **ehemaligen US-Präsidenten George W. Bush** wieder einmal dessen intellektuelle „Kompetenz“ bewies. Im texanischen Dallas sprach er mit Blick auf den russischen Präsidenten wörtlich von der „Entscheidung eines einzelnen Mannes, eine völlig ungerechtfertigte und brutale Invasion im Irak(!) zu starten.“

...daß immer mehr europäische Länder aus ihren eigenen Beständen **schwere Waffen** in die Ukraine

liefern, wobei diese gelieferten alten Waffen in Zukunft selbstverständlich durch neue, ziemlich sicher US-amerikanische, ersetzt werden. Da kann sich die Bevölkerung dieser Länder schon auf gewaltige Zahlungen gefaßt machen...

...daß die Westlichen-Werte-Krieger nun auch auf **Papst Franziskus** losgehen. Hatte dieser doch die NATO für den russischen Einmarsch in die Ukraine mitverantwortlich gemacht...

Ukraine: Spielball zwischen Ost und West

Die heutige Ukraine entstand 1991 nach dem Ende der Sowjetunion. Wie in vielen ihrer Nachfolgestaaten leben auch hier viele russischstämmige Bürger. In der Ost- und Südukraine stellen sie teilweise die Mehrheit der Bevölkerung. In EU-Dokumenten werden mangelnde Rechtsstaatlichkeit und Korruption als wesentliche Probleme der Ukraine bezeichnet. Eine Handvoll Oligarchen eignet sich den Reichtum des Landes an.

Auf Grund der sinkenden Lebenserwartung und der massiven Auswanderung ist die Bevölkerung in den letzten Jahren deutlich gesunken.

Im Jänner 1994 unterzeichneten die Präsidenten Russlands, der Ukraine und der USA das Abkommen über die Vernichtung der auf ukrainischem Staatsgebiet stationierten Atomwaffen. Dadurch wurde der atomwaffenfreie Status der Ukraine bestätigt. Ein Schritt hin zu einer friedlicheren Welt. Dieser Weg wurde leider nicht fortgesetzt. Seit 2014 droht die Ukraine, sollte sie nicht in der NATO aufgenommen werden, mit der Wiederbeschaffung von Atomwaffen.

Im Zuge der NATO und EU-Osterweiterung wurde der Ukraine 2008 eine NATO-Mitgliedschaft in Aussicht gestellt. 2013/14 wurde ein EU-Assoziierungsabkommen verhandelt. Russland hat dargelegt, keine Einwände gegen eine EU-Mitgliedschaft zu haben, wichtig sei aber, daß die wirtschaftliche Verflechtung mit Russland nicht gefährdet werde. Eine NATO-Mitgliedschaft lehnte Russland wegen eigener Sicherheitsinteressen ab.

Kein selbständiger Handel mehr mit Russland

Das von der EU vorgelegte Assoziierungsabkommen sah allerdings keine

selbständigen Wirtschaftsbeziehungen der Ukraine mit Russland vor, bisher der wichtigste Wirtschaftspartner. Ukrainische Industrieprodukte sind aber auf dem EU-Markt kaum konkurrenzfähig. Da dieses EU-Abkommen massive wirtschaftliche Nachteile beinhaltete und damit die mühsame Balance zwischen Ost und West zerstört hätte, lehnte, auch aus Rücksicht auf den großen russischen Bevölkerungsanteil in der Ostukraine, der damalige Präsident Janukowitsch das EU-Abkommen schließlich ab.

Das war der Startschuß und wahre Hintergrund für die massive mediale und finanzielle Unterstützung der, vor allem in der Westukraine und in Kiew beheimateten, ukrainischen Opposition. Milliardenbeträge und ausländische Berater ebneten den Weg zum gewaltsamen Putsch im Februar 2014, der im Westen als Maidan-Revolution verklärt wird. Eine pro-westliche Regierung kam an die Macht. Eine wesentliche Rolle beim Umsturz spielten faschistische Kräfte, die in der heutigen Ukraine auch militärisch eine bedeutende Rolle spielen.

Die neue Regierung unterzeichnete das Abkommen mit der EU und hat den Kurs in Richtung NATO vorangetrieben. Die Rechte der russischen Minderheit aber auch der ungarischen

in der Westukraine wurden beschnitten. Ergebnis des Staatsstreichs war die Annexion der Krim durch Russland, wo über 90 Prozent der Bevölkerung für den Anschluß an Russland gestimmt haben. In den russisch dominierten Bezirken im Donbass kam es zu Arbeiteraufständen und zur Gründung von Volksrepubliken. Die dortige Bevölkerung, mit ihrer seit der Sowjetunion originären Arbeiterkultur, wollte von den westukrainischen Zentralisten nichts wissen und fürchtete um ihre Identität. Vor Augen hatte sie das an Gegnern des Maidan-Umsturzes angerichtete Massaker in Odessa. Es folgte im Donbass ein Bürgerkrieg der bisher rund 14.000 Menschen das Leben gekostet hat.

Minsker Abkommen - eine Chance für Frieden

Nachdem die ukrainische Armee anfänglich deutliche Niederlagen gegen die Volksrepubliken einstecken mußte wurden in Minsk zwischen Deutschland, Frankreich, Russland, der Ukraine und den Vertretern der Volksrepubliken

unter Beteiligung der OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) zwei Abkommen ausgehandelt, die die Basis für eine Lösung des Konflikts hätten sein können. Darin wurde ein Waffenstillstand vereinbart. Ebenso sollten sich alle ausländischen Militärs und ihr Kriegsgerät aus der Ukraine zurückziehen, sowie eine neue Verfassung mit Autonomie für den Donbass umgesetzt werden. Das Abkommen blieb Papier.

Die ukrainische Regierung schrieb die NATO-Mitgliedschaft in die Verfassung und begrub letztlich dieses Abkommen. Die Ukraine wurde aufgerüstet, NATO-Militärs ins Land gelassen, gemeinsame Militärmanöver auf ukrainischem Boden durchgeführt. Anfang 2021 hat Präsident Selensky den offiziellen Auftrag erteilt, Pläne für die Rückeroberung der Krim und der Volksrepubliken auszuarbeiten.

Eine friedliche Lösung war offensichtlich nicht gewollt. Eines ist klar: Ohne die wohlwollende Zustimmung vor allem der USA aber auch der EU hätte die ukrainische Regierung niemals diesen Konfrontationskurs gestartet.



Ukraine - Ein verhinderbarer Krieg

Der russische Angriff auf die Ukraine war völkerrechtswidrig. Aber dieser Krieg hat eine Vorgeschichte. Diese muß beachtet werden, auch um Vorschläge für Lösungen entwickeln zu können. Vergleicht man die NATO-Länder auf einer Landkarte von 1990 mit jetzt wird schnell klar: Nicht Russland expandiert nach Westen, sondern die NATO gegen Osten bis an die russische Grenze.

1990 gab es 16 NATO-Staaten, heute sind es 30. Entgegen den Zusagen bei den Gesprächen zur deutschen Wiedervereinigung, daß es keine Erweiterung der NATO in Richtung Osten geben werde, ist Russland nun eingekreist. Denn im Gegensatz zum Warschauer Pakt wurde die NATO nicht aufgelöst, sondern erweitert und weiter aufgerüstet. Die zahlreichen russischen Proteste gegen den Bruch der Zusagen und die Osterweiterung wurden

von den USA und der EU achselzuckend übergangen.

1991 änderte die NATO ihre Militärdoktrin vom Verteidigungsfall hin zum Angriffskrieg mit Mandat zum weltweiten Eingriff. Seitdem gab es zahlreiche NATO-Angriffskriege und Militärinterventionen, teilweise auch mit EU-Unterstützung: Jugoslawien, Afghanistan, Irak, Libyen, Syrien...

2001 wurde eines der wichtigsten Rüstungsabkommen, der ABM-Vertrag zur Begrenzung der Raketenabwehrsysteme, von den USA einseitig gekündigt. Seitdem sind zahlreiche neue Raketenabwehrsysteme der NATO in Osteuropa und auf Kriegsschif-

fen im Mittelmeer stationiert worden. In Rumänien, Bulgarien und im Kosovo wurden US-Militärbasen errichtet. In anderen Ländern eine stetig steigende Zahl von NATO-Soldaten stationiert, immer zahlreicher wurden NATO-Manöver an der Grenze zu Russland.

2019 kündigte die US-Regierung den INF-Vertrag, der die Stationierung von nuklearen Raketensystemen mit mittlerer und kürzerer Reichweite verbietet. 2021 erfolgte die Reaktivierung des 1993 geschlossenen 56. Artilleriekommandos im deutschen Wiesbaden. Es dient der Koordinierung von Raketeneinsätzen der US-Streitkräfte und ihrer NATO-Verbündeten. Ein bedrohliches Signal, daß die NATO die Stationierung von atomaren Mittelstreckenraketen in Osteuropa plant.

Russland wurde eingekreist und reagierte mit neu-



er Aufrüstung und mit der Annektion der Krim.

Ukraine in der NATO – Eine rote Linie

Seit vielen Jahren hat Russland gegen das Vorrücken der NATO protestiert und klar gemacht, daß es sich in seinen Sicherheitsinteressen bedroht fühlt und mit einer NATO-Mitgliedschaft der Ukraine für Russland eine rote Linie überschritten werde. Russland hat eine 2.300 km lange Grenze zur Ukraine. Dort stationierte Atomwaffen könnten in wenigen Minuten Moskau und andere strategische Zentren in Russland erreichen und zerstören.



Frieden, Neutralität, Gerechtigkeit

Unter diesem Motto beging die KPÖ-Steiermark den 1. Mai in der Landeshauptstadt Graz. Rund 800 Menschen nahmen am Aufmarsch teil. Bei der Schlußkundgebung betonte der Grazer Stadtrat Robert Krotzer die Wichtigkeit einer politischen Kraft wie die KPÖ, welche im Landtag und in vielen steirischen Gemeindestuben gegen Ungerechtigkeiten und für soziale Sicherheit eintritt. Krotzer nannte einige Maßnahmen, welche die seit einigen Monaten im Amt befindliche, KPÖ-geführte Grazer Stadtregierung umgesetzt hat: Die jährlichen Erhöhungen bei Müllabfuhr und Kanal wurden ebenso ausgesetzt, wie die jüngst verordnete Erhöhung der Richtwertmieten bei den städtischen Gemeindewohnungen.





**Ob Familien - oder Firmenfeier
wir sind der richtige Partner...**

Wählen Sie wo Sie feiern möchten
zu Hause oder in unseren schönen
Räumlichkeiten

Wir bieten Ihnen mehrere Möglichkeiten:

Lieferservice: Wir liefern Ihre Speisen für Ihre Feier zu Ihnen nach Hause

Catering: Hier bauen wir bei Ihnen das Buffet mit Chafingtischen bei Ihnen auf

Homecooking: Komplettservice

Lassen Sie sich von uns verwöhnen und genießen Sie einen
unvergesslichen Abend an dem Sie sich um nichts kümmern müssen.

Wir kommen mit vollen Einkaufstaschen und hinterlassen eine saubere Küche

Unser kulinarisches Angebot erstreckt sich von traditionellen
österreichischen Gerichten bis hin zu internationalen Spezialitäten.



Öffnungszeiten „The Kitchen“:

Montag bis Donnerstag

9:00 bis 20:00

Küche 11:00 bis 19:00

Freitag und Samstag

09:00 bis 22:00

Küche 11:00 bis 21:00

Am Abend Zugang über LCS Eingang Kolomann Wallisch Platz



Roter Teppich für Großinvestoren?

Die ÖVP-SPÖ-Landesregierung hat 2020 ein sogenanntes „Verfahrensservice“ für Großinvestoren eingeführt. Was harmlos klingt, ist hochbrisant: Landesbeamte wurden nämlich angewiesen, im Interesse der Investoren für eine möglichst schnelle Genehmigung von Großprojekten zu sorgen.

Diese verordnete enge Zusammenarbeit mit Investoren bringt die Beamten in eine unmögliche Situation: Zum einen sollen sie in ihren Verfahren objektiv, unabhängig und neutral prüfen. Zum anderen sollen sie Investoren möglichst rasch durch ihre eigenen Verfahren bringen, auch und gerade durch aufwendige Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP). Ein solches Verfahrensservice gibt es in keinem anderen Bundesland - das wird Gründe haben. Die KPÖ fordert deshalb, diese Unterstützung von Investoren

durch das Wirtschafts- und Umweltressort sofort zu beenden. Gerade angesichts der laufenden Ermittlungen gegen einige Beamte in der UVP-Causa.

Zur Erinnerung: Erst im Herbst vergangenen Jahres gab es Kritik an Ungereimtheiten rund um die Umweltverträglichkeitsprüfungen für umstrittene Großprojekte. Die Staatsanwaltschaft nahm Ermittlungen auf. Dasselbe Amt führt bis heute dieses Verfahrensservice durch. Die Problematik liegt auf der Hand. Neben der strafrechtlichen Komponente darf auch die poli-

tische Verantwortung nicht außer Acht gelassen werden: Die zuständigen Landesrätinnen Barbara Eibinger-Miedl (ÖVP) und Ursula Lackner (SPÖ) wollen an diesem Inverstoren-Service festhalten. Der Antrag der KPÖ, diese Dienstleistung für Großinvestoren einzu-

stellen, wurde von allen(!) anderen Fraktionen abgelehnt.

Nebenbemerkung: Der Vorstoß der KPÖ hat auch bei der Industriellenvereinigung für Aufregung gesorgt. Diese beschwert sich in einer Aussendung über den Antrag der KPÖ.

FOTO: DMITRIY ZUB, UNSPLASH



AK-Außenstelle Leoben: Viele Anfragen zu Job und Corona

Die umfassenden Beratungstätigkeiten der AK-Außenstelle Leoben waren auch im vergangenen Jahr von den Auswirkungen der Corona-Pandemie geprägt. Die AK-Expertinnen und AK-Experten erteilten 15.356 Rechtsauskünfte und erkämpften 16,5 Millionen Euro.

Fragen zu den Themen Kurzarbeit, Dienstverhinderungsgründe, aber auch 3-G am Arbeitsplatz, Maskenpflicht und Testpflicht standen bei der AK Leoben im Vordergrund, berichtet Außenstellenleiter Edwin Kriechbaumer. Im Konsumentenschutz zeigte Corona seine Auswirkungen im Zusammenhang mit Reiseanfragen und Verträgen mit Fitnessstudios. Kriechbaumer: „Die deutlich gestiegene Nachfrage im Bereich „Mutterschutz, Karenz und Kinderbetreuungsgeld“ hält nach wie vor an: Allein von 2020 auf 2021 stiegen die Anfragen

um beinahe 40 Prozent. Es wurden 988 Beratungen vorgenommen.“

Leoben nimmt innerhalb der AK-Außenstellen eine Sonderstellung ein: Gerichtsanhängige Verfahren in Arbeits- und Sozialrechtssachen sowie die Geltend-

machung von Ansprüchen gegenüber dem Insolvenz-Entgelt-Fonds werden für die gesamte Obersteiermark übernommen, da Leoben der einzige Standort eines Arbeits- und Sozialgerichts außerhalb von Graz ist.



Von links: AK-Direktor Wolfgang Bartosch, AST-Leoben-Leiter Edwin Kriechbaumer, AK-Präsident Josef Pessler

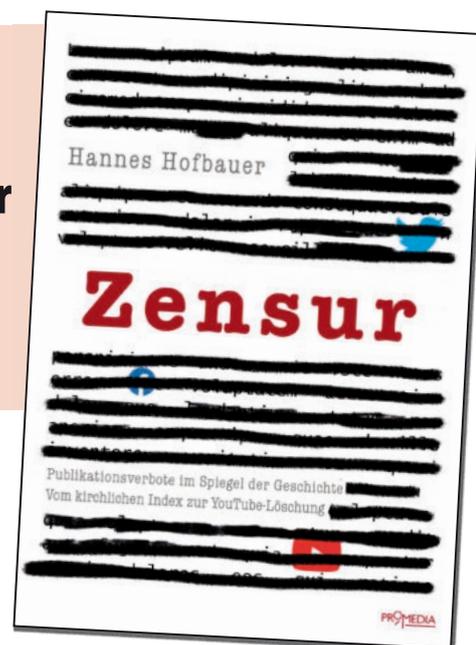
Bilanz der Außenstelle Leoben 2021 im Detail:

Rechtsauskünfte gesamt: **15.356**
 Rechtsauskünfte Arbeitsrecht: 7.232
 Vertretungserfolg gesamt:
16,5 Millionen Euro
 Vertretungserfolg Arbeitsrecht:
 2,4 Millionen Euro
 Vertretungserfolg Sozialrecht:
 6,5 Millionen Euro
 Vertretungserfolg Insolvenzrecht:
 7,4 Millionen Euro
 Vertretungserfolg Konsumentenschutz:
 163.000 Euro

BUCHVORSTELLUNG UND DISKUSSION

- ZENSUR -

„Je erfolgreicher eine der herrschenden Meinung entgegenstehende Position unter die Menschen gebracht wird, desto aggressiver wird ihr von Brüssel oder Berlin begegnet, wobei immer häufiger die Zensurkeule zum Einsatz kommt.“



mit **Hannes Hofbauer** (Autor)

Ort: **Live Congress Leoben**

Peter Tunner Saal
Josef-Grafgasse 4-6

Mo., 20. Juni 2022, 18:00 Uhr



Eine Veranstaltung von

KPÖ LEOBEN, Tel. 038 42 / 22 6 70

KPÖ

GrabDenkmal

Ort der Erinnerung und des Trostes -
Ausdruck der Wertschätzung eines
Menschen über den Tod hinaus

Grabschmuck

Erhältlich in vielen Ausführungen

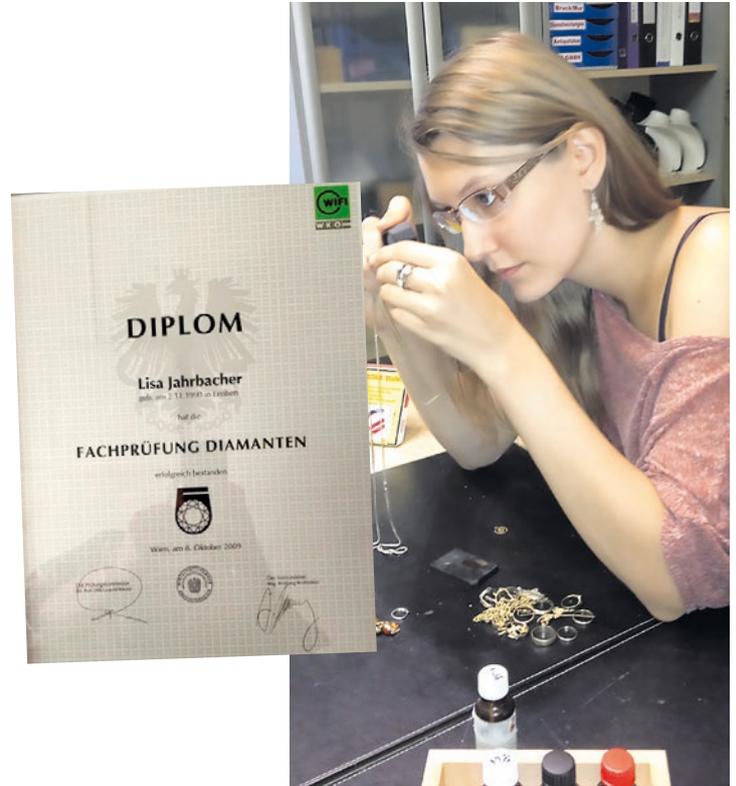


Steinmetzmeister

Hierzenberger

ANTIKHANDEL

Diamanten und Brillanten



Lisa-Marie Karner-Jahrbacher ist
diplomierte Gemmologin,
Diamantenfachfrau und Edelmetallexpertin.

Diamanten und Brillanten sind gerade in der heutigen Zeit als Wertanlage sehr begehrt. Der seriöse Handel setzt allerdings fundierte Kenntnisse voraus, eine Ausbildung zum Diamant- und Edelsteinsachverständigen ist unbedingt erforderlich. Lisa-Marie Karner-Jahrbacher schätzt gerne Ihre Schmuckstücke und erstellt bei Bedarf Gutachten. Auch An- oder Verkauf sowie Pfandbelehnung sind möglich. Darüber hinaus werden in den beiden Geschäften am Brucker Hauptplatz und beim Schwammerlturm in Leoben Schätzung und Ankauf von Gold- und Silberschmuck, Münzen, Uhren, Bildern, Geschirr, Orden etc. angeboten. Seriöse Hausbesuche sind ebenfalls möglich, nähere Info unter Tel. 0664/33 82 716 und auf www.jahrbacher.com oder www.jahrbacher.at

GUTSCHEIN



JOSEF WILHELMER

FRISCH SCHNELL TRADITIONELL

2 halbe Grillhendl

+

2 Salate

statt ~~18,80~~ nur 12,90

Pichlmayergasse 17, 8700 Leoben
Pulverstraße 3, 8793 Trofaiach

LCS Eingang Busbahnhof, neben Buchberger
gültig bis 16.07.2022

ALLE INFOS: www.jahrbacher.at

☎ 0664 / 33 82 716

www.jahrbacher.com

ÖFFNUNGSZEITEN: Bruck: 9-15 Uhr | Leoben: 8-16 Uhr

UMFRAGE

Wie weiter beim Bauernmarkt?

Anlässlich der Neugestaltung des Bauernmarktes haben wir unsere Leserinnen und Leser bereits einmal über Ihre Meinung zu den Änderungen gefragt. Der Tenor war großteils ablehnend. Jüngst hat sich auch der Sprecher der

Markt-Ständler für eine Rückkehr zum alten Zustand ausgesprochen. Die Gemeindeverantwortlichen, vor allem Bürgermeister Kurt Wallner, haben sich dazu noch nicht geäußert. Höchste Zeit, daß hier gehandelt wird!



Sagen Sie uns Ihre Meinung!

Unter den Einsendungen werden Buchpreise verlost.

Bauernmarkt zurück in den Urzustand?

JA NEIN

Der Bauernmarkt sollte wieder in den ursprünglichen Zustand gebracht werden.

Weitere Vorschläge und Meinungen

.....

Name:

Adresse:

Bitte ausschneiden und einsenden an:

RUND UM DEN SCHWAMMERLTURM
Pestalozzistraße 93, 8700 Leoben oder Fax: 038 42/27 4 17

www.sreal.at

Haus oder Wohnung entspannt verkaufen?

**Klar, mit s REAL Garantie
Wir verkaufen Ihre Immobilie mit
s REAL Garantie**



Informieren Sie sich bei unserem Beratungsgespräch zum Immobilienverkauf. Ihr Immobilienberater in Ihrer Region Leoben

Markus Letonja
Mobil: 0664/838 59 98,
mail: markus.letonja@sreal.at



Ihre Immobilie verkaufen und sofort profitieren:

Mit einer **kostenlosen Marktanalyse**
für einen schnellen und sicheren Verkauf!

Plus
**GRATIS
ENERGIE-
AUSWEIS***

von 01.04. bis
30.06.2022



Markus Letonja

s REAL Immobilienfachberater

M: +43 664 8385998

markus.letonja@sreal.at

 **REAL**
Immobilien

www.sreal.at

* Bei Abschluss eines Alleinvermittlungsauftrages.